

EINBLICKE

CDU-Fraktion im Stadtrat Dresden



Jan Donhauser, Fraktionsvorsitzender
E-Mail: donhauser@dresden-cdu.de

Maßhalten - Gedanken zum Jahreswechsel -

Ein ereignisreiches Jahr neigt sich dem Ende entgegen. Ich bedanke mich herzlich bei meiner Fraktion, bei der Oberbürgermeisterin Helma Orosz, den Bürgermeistern, den Mitarbeitern im Rathaus und unseren Unterstützern für die intensive Arbeit. Der Jahreswechsel bietet mir auch die Gelegenheit, mich bei allen ehrenamtlich aktiven Dresdnerinnen und Dresdner für ihre Arbeit zu bedanken, denn ihr Engagement ist nicht hoch genug zu schätzen. Dabei entsteht Vorbildliches für Dresden und ganz Sachsen.

In den Tagen um Weihnachten und Silvester zieht wohl jeder Einzelne seine persönliche Bilanz der vorangegangenen zwölf Monate. War es ein gutes Jahr? Was habe ich richtig gemacht? Fragen, deren Antworten unser Herz oft mit Freude füllen oder uns schmerzen. Zieht Dresden diese Bilanz, war es ein erfolgreiches Jahr: Dabei steht für mich im Vordergrund, dass wir wiederholt bei der Finanzierung von großen Bauprojekten im Bereich der Kindertagesstätten, Schulen, Kultur oder Straßen ohne die Aufnahme von Schulden ausgekommen sind. Dresden steht auch wegen der soliden Haushaltspolitik auf einem verlässlichen Fundament, diese nachhaltige Finanzpolitik werden uns unsere Kinder und nachfolgende Generationen danken. Gerade ihnen dürfen wir weder Schulden noch andere Lasten hinterlassen.

Der Haushaltsbeschluss für 2015/16 muss dieses Grundprinzip in sich tragen. Wenn es darum geht, auch fast 25 Jahre nach der Deutschen Einheit dafür zu sorgen, dass Dresden zu den zufriedensten und lebenswertesten Städten zählt, dürfen wir uns weder auf dem Erreichten ausruhen, noch durch kurzfristige Handlungsweisen Erfolge gefährden. Und dennoch: 2020 werden die innerdeutschen Finanzbeziehungen neu geordnet sein. Die demographische Entwicklung und das Auslaufen des Solidarpakts werden die Ausgabenlast und das Einnahmedefizit für Freistaat und Kommunen vergrößern. Aufgabe der Politik ist es, nach Wegen zu suchen, die Ausgaben zu reduzieren oder Einnahmen zu erhöhen. Hier heißt es, Maß zu halten und auch einmal mit Weniger zufrieden zu sein.

Die Wiedervereinigung unseres Vaterlands brachte uns Freiheit, Wohlstand und soziale Sicherheit. Ich weiß, manche Menschen sehen das anders. Doch gerade mit Blick auf andere Regionen in der Welt sollte uns klar sein, dass wir oftmals „auf hohem Niveau jammern“ und „höher, schneller und weiter“ nicht immer ein „besser“ sein muss. Gerade unter diesem Aspekt der Prioritätenverschiebung sind solides Wirtschaften und funktionierende gesellschaftliche Strukturen eine wichtige Voraussetzung.

Auch nächstes Jahr kann selbst eine so starke Stadt wie Dresden nicht alle Probleme für die Bürger allein lösen. Es braucht die enge Kooperation mit Land, Bund und Europa - gerade auch vor den Herausforderungen, welche die Frage der Unterbringung von Asylbewerbern mit sich bringt. Gute Kooperation ist dabei das eine, Eigenverantwortung und Hilfe zur Selbsthilfe das andere. Ich bin überzeugt, dass wir den Menschen nichts Gutes tun, wenn sie sich dauerhaft auf Kosten des Sozialstaates einrichten können. Weder den hier lebenden Transferleistungsempfängern noch ausländischen Menschen, die in Deutschland ihre Zukunft planen, wird so dabei geholfen, ihren Platz im Leben und in der Gesellschaft zu finden. Unsere Landeshauptstadt kann hier als das politische Zentrum Sachsens voran gehen. Das erfordert zweifellos eine größtmögliche Übereinstimmung nicht nur im Stadtrat, sondern einen breiten Konsens der bürgerlichen Zivilgesellschaft. Diese ehrliche Debatte müssen wir im neuen Jahr führen.

Meine Gedanken zum Jahreswechsel möchte ich mit den besten Wünschen für ein besinnliches und frohes Weihnachtsfest mit Ihren Familien verbinden. Für das Jahr 2015 wünsche ich Ihnen vor allem Gesundheit, Erfolg bei all Ihren Vorhaben und Gottes Segen.





Die Verkehrs- und Infrastrukturentwicklung im Kontext der Herausforderungen einer wachsenden Stadt

Stadtrat Gunter Thiele, Bau- und Verkehrspolitischer Sprecher
E-Mail: thiele@dresden-cdu.de

Im Oktober wurde die neue Bevölkerungsprognose für Dresden veröffentlicht. Demnach setzt sich die positive Entwicklung unserer Stadt weiter ungebremst fort, Dresden wächst von derzeit gut 535.000 Einwohnern bis zum Jahr 2030 auf wohl ca. 585.000 Einwohner! Zudem hat sich die Zahl der Geburten im Vergleich zum letzten Jahr wieder erhöht. Das heißt, bei der Bevölkerungsentwicklung gibt es in Dresden sogar weiteres Potential nach oben.

Doch was bedeutet diese Entwicklung konkret? Neben einem erhöhten Bedarf an Wohnraum benötigt die Stadt auch in anderen Bereichen größere Kapazitäten. Mehr Kinder bedeuten eben z.B. auch einen erhöhten Bedarf an Kita- und Schulplätzen. Mit dem im letzten Haushalt beschlossenen Schul- und Kitabauprogramm wurden diesbezüglich die richtigen Weichen gestellt - ob diese Anstrengungen für den Horizont 2030 ausreichen, muss sich noch zeigen.

Und im Verkehrsbereich? Der seit 2009 erarbeitete Verkehrsentwicklungsplan VEP 2025+ wurde im November 2014 mit der Stimmenmehrheit von Rot-Rot-Grün im Stadtrat beschlossen. Darin finden sich viele Zielstellungen für die zukünftige Verkehrsentwicklung in Dresden wieder, ebenfalls viele Analysen und Statistiken, und auch das weitere Bevölkerungswachstum wurde zu Grunde gelegt. Und natürlich sind auch konkrete Verkehrsbaumaßnahmen Bestandteil des VEP. Während der langen und intensiven Diskussionsphase, die aus meiner Sicht leider nicht immer konstruktiv verlief, gab es insbesondere bei vier Themenfeldern erhebliche Meinungsunterschiede:

- bei einzelnen Formulierungen zu den grundsätzlichen Leitzielen,

- über das zu Grunde liegenden Entwicklungsszenario,
- beim Umgang mit den sogenannten „Sowieso-Maßnahmen“ und erwartungsgemäß
- der Umgang mit vorgeschlagenen zukünftigen Maßnahmen.

Während sich die Diskussion um die Leitziele in der Zwischenzeit gelegt hat, gab und gibt es bei den Fragen der Entwicklungsszenarien und des Umgangs mit den „Sowieso-Maßnahmen“ immer wieder Personen, die die getroffenen Entscheidungen in Frage stellen.

Drei verschiedene Entwicklungsszenarien standen zur Auswahl: ein eher Kfz-freundliches Szenario A, ein Szenario B, welches die Förderung von ÖPNV-Maßnahmen stärker in den Fokus rückt, und ein Szenario C, welches eine fundamentale Veränderung des Mobilitätsverhaltens der Bevölkerung zu Grunde legt. In Abwägung aller Argumente (u.a. Realisierungschancen, notwendige Investitionen, Umweltauswirkungen, Empfehlung der Stadtverwaltung) fiel schließlich die Wahl auf Szenario B - auch, weil sich erstens eine Verhaltensänderung der Menschen schwer nachweisen lässt und es zweitens eine Bevormundung darstellt, wenn diese Verhaltensänderung vorausgesetzt und danach geplant würde. Die Entscheidung für Szenario B wird aber von einigen Beteiligten aus dem rot-rot-grünen Lager nach wie vor nicht akzeptiert. Vielmehr gibt es immer wieder Versuche, die Entscheidung zu hintertreiben und doch das Szenario C auszuwählen.

Bei den „Sowieso-Maßnahmen“ handelt es sich um Projekte, die der Stadtrat bereits vor der Fertigstellung des VEP beschlossen hat, wie z.B. den Ausbau der Königsbrücker Straße, das Stadtbahnprogramm oder neue S-Bahn-Haltestellen. All diese Infrastruktur-



projekte werden jedoch dringend benötigt und dürfen nicht in Frage gestellt werden, denn andernfalls ist die Verkehrsinfrastruktur den steigenden Anforderungen keinesfalls gewachsen. Auch hier werden einzelne Projekte, gerade der Ausbau der Königsbrücker, immer wieder in Frage gestellt und aus ideologischen Gründen abgelehnt.

Bei der abschließenden Diskussion der zukünftigen Maßnahmen wurden schließlich wichtige Änderungsanträge von CDU und FDP abgelehnt, so dass wir dem VEP in der vorgelegten Fassung nicht mehr zustimmen konnten. So war jedes Szenario mit bestimmten zukünftigen Maßnahmenpaketen hinterlegt. Unser Ansatz bestand nun darin, einzelne - aus unserer Sicht wesentliche - Maßnahmen des Szenarios A in das Szenario B zu übernehmen, ohne den grundsätzlichen Ansatz des Szenarios B in Frage zu stellen. Dem wurde mehrheitlich leider nicht gefolgt, so dass die Ausrichtung des VEP in der Endeinschätzung recht einseitig in Richtung ÖPNV und Radverkehr ausfällt und die Belange des Kfz- und Wirtschaftsverkehrs aus unserer Sicht nicht hinreichend repräsentiert werden.

Hinzu kommt, dass vor dem Hintergrund der finanziellen bzw. haushalterischen Situation nicht einmal alle „Sowieso-Maßnahmen“ mittelfristig umgesetzt werden können. Da diese aber ja erst einmal die Grundlage



für die Inangriffnahme der weiteren Maßnahmen darstellen, stellt sich die Frage nach dem generellen und tatsächlichen Wert des VEP 2025+. Denn nach Umsetzung der „So-wieso-Maßnahmen“ wird eine erneute Bestandsanalyse unumgänglich sein.

Ein wesentlicher Indikator in der Bestandsanalyse des aktuellen VEP ist ein Rückgang der Verkehrsleistung des Kfz-Verkehrs in der gesamten Stadt. Dabei handelt es sich um die Fahrleistung, also die gefahrenen Kilometer pro Fahrzeug in einer bestimmten Zeiteinheit. Diese Analyse ist zunächst richtig und ist u.a. darauf zurückzuführen, dass die Nutzung von ÖPNV und Fahrrad und z.B. auch von neuen Angeboten wie Car- oder Bikesharing zunimmt. Zudem verliert das Auto als Statussymbol tatsächlich an Bedeutung. Dennoch entscheiden sich viele Personen spätestens dann für ein eigenes Kfz, wenn eine Familie gegründet wird bzw. es der Arbeitsweg oder Tagesablauf erfordert. Aus

dem Rückgang der Gesamtfahrleistungen somit auf eine bestimmte (geringere) Verkehrsbelegung auf bestimmten Streckenabschnitten wie z.B. der Königsbrücker Straße zu schließen, ist sowohl fachlich-methodisch falsch, als auch an der Lebenswirklichkeit der Menschen vorbei.

Für Planungen von Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen müssen nach wie vor die Prognose-Verkehrsbelegungen zu Grunde gelegt werden. Das trifft für die Königsbrücker Straße genauso zu wie für das Stadtbahnprogramm. Nur mit diesen Prognosezahlen kann fundiert bewertet werden, welcher Ausbau- bzw. Angebotsstandard zukünftig benötigt wird. Diese Frage auf der Grundlage der aktuellen Belastungszahlen zu beantworten, ist der völlig falsche Weg und lässt künftige Stadtentwicklungen völlig außer Acht. Gerade vor dem Hintergrund der positiven Entwicklung unserer Stadt brauchen wir also trotz der Waldschlößchenbrücke eine leistungsfähige und stadtteilverträgliche Aus-



bauvariante für die Königsbrücker Straße, die Umsetzung des Stadtbahnprogramms und noch einige andere Infrastrukturprojekte, um mit unserem Verkehrsnetz den zukünftigen Anforderungen gut gerecht werden zu können. Die rot-rot-grüne Beschlussvariante des VEP 2025+ spiegelt das leider nicht wider.



Was bedeutet uns die Familie heute?

Meine Standpunkte in der Familienpolitik

➤ Stadträtin Astrid Ihle, Familienpolitische Sprecherin
E-Mail: ihle@dresden-cdu.de

In unserer Stadt sind die Lebens- und Arbeitsbedingungen sehr familienfreundlich. Die gleichbleibend hohen Geburtenzahlen sind Ausdruck dessen und Indikator der Lebensfreude und Zuversicht unserer jungen Dresdner. Dies ist wunderbar und spornt uns an, politisch dafür zu sorgen, dass sich dieser für Deutschland nicht mehr alltägliche Trend fortsetzt.

Im Mittelpunkt einer Familienpolitik, die ihre Aufgabe ernst nimmt, steht immer die Frage: Was ist Familien wichtig, was brauchen sie?

Wenn ein kleiner Erdenbürger das Licht der Welt erblickt, fragen sich die Eltern, wie lange sie ihren Sprössling zu Hause ganztägig betreuen werden. Diese Entscheidung

wird von verschiedenen Faktoren wesentlich beeinflusst:

Es gibt das neue Selbstverständnis der Väter, denen es heute ein Bedürfnis ist, die Entwicklung ihrer Kinder aktiver zu begleiten und zu fördern. Gesetzt dem Fall, alle Firmen wären demgegenüber aufgeschlossen, würde sich die personelle Mehrbelastung in Firmen mit hohem Frauenanteil durch die Mutterschaften etwas reduzieren.

Mein solidarisches Mitgefühl und meine Hochachtung gilt auch den jungen alleinerziehenden Müttern. Sie sind meist in einer wirtschaftlichen Situation, die ihnen keine andere Wahl als den Wiedereinstieg ins Berufsleben lässt. Zudem gibt es Frauen, die

oft erst jenseits des 30. Lebensjahres eine Chance sehen, sich wegen ihrer lang währenden Hochschulausbildung den Kinderwunsch zu erfüllen. Sie fragen sich, wie sie den Spagat zwischen beruflicher Erfüllung und liebevoller Mutterschaft meistern können. Wir wissen, dass die Zahl der Frauen mit Hochschulabschluss, die kinderlos bleiben, leider groß ist.

Es gibt Familien, die zugunsten ihrer Kinder materiellen Verzicht üben gegenüber den vielen Verlockungen des Alltags - um ihren Kindern das Glück zu gewähren, in häuslicher Geborgenheit aufzuwachsen und alle Liebe und Fürsorge zu erfahren, die sie sich nur vorstellen können.



Egal wie sich die Familie entscheidet: Uns allen sollte klar sein, dass staatliche Betreuungseinrichtungen nie Elternhäuser ersetzen können. Wie wichtig Eltern für die Entwicklung ihrer Kinder sind, lässt sich auch im aktuellen Bildungsbericht erkennen - so zeigt sich zum Beispiel, dass in Stadtteilen mit funktionierenden und festen Familienstrukturen auch wesentlich bessere Bildungsergebnisse erzielt werden.

Mein familienpolitisches Ziel ist es, Eltern die Ausübung ihrer Verantwortung tatsächlich zu ermöglichen. Wenn häusliche Erziehungsleistungen gleichwertig anerkannt werden, können Familien wirklich frei wählen, welche Form für ihre ganz persönliche Situation die Beste ist. Dann können sie sich vom Wichtigsten leiten lassen: dem Wohl ihrer Kinder.

Ja, die freie Entscheidung der Eltern über Berufstätigkeit oder die Inanspruchnahme des Betreuungsgeldes ist gegeben. Die moderaten Kosten der Kinderbetreuung und die Aufgeschlossenheit mancher Unternehmen, mit Teilzeitangeboten für den Wiedereinstieg zu werben, sollen ermutigen, in den Beruf zurückzukehren. Das ist auch für die gleichberechtigte Partnerschaft in der Familie von Vorteil.

Ein ermutigendes Signal senden jene Dresdner Unternehmen, die sich durch familienfreundliche Strategien auszeichnen und von denen alljährlich im November eines durch eine Jury zum „Familienfreundlichsten Unternehmen“ gekürt wird. Das sollte andere Firmen bestärken, ebenfalls neue Wege zu gehen. Zum Beispiel ist es für mich, die ich selbst Arbeitgeberin bin, seit langem Unternehmensphilosophie, die Betreuungskosten der Kinder unserer Mitarbeiter zu übernehmen.

Wenn wir auf das Wohl unserer Kinder bedacht sind, so bleibt es unerlässlich, die Schulsanierungen weiter voranzutreiben.

Das Alles werde ich mit Blick auf eine ausgewogene Haushaltsbilanz tun – denn dort gilt wie beim Familienbudget: wer keine Schulzinsen zahlen muss, hat schließlich mehr finanzielle Möglichkeiten! Schulden hingegen, die die öffentliche Hand aufnimmt, packt sie unseren Kindern letztendlich wieder auf die Schultern. Das lehne ich ab.

Wer sich dafür entscheidet, die Kinder in staatliche Obhut zu geben, möchte sich darauf verlassen können, dass der Nachwuchs dort in guten Händen ist. Geht es um die Qualität der Kinderbetreuung, sollten unsere Gedanken dahin gehen, wie wir dem Personal zumindest bürokratische Lasten von den Schultern nehmen können.

In der Jugendhilfe gilt es, das Angebot der Sozialarbeit zu erhalten. Diesem Anliegen sollten wir uns verantwortungsvoll stellen. Prävention stärken kann auch bedeuten, für mehr Nachbarschaftshilfe zu werben.

Wenn wir über Familienpolitik reden, gebührt ebenso der älteren Generation unsere Aufmerksamkeit. Ohne Einsatz unserer Eltern und Großeltern wäre die deutsche Einheit in Freiheit, Wohlstand und Sicherheit, wie wir sie heute erleben, nicht denkbar. Unter wahrlich schwierigen Bedingungen haben sie unser Land aufgebaut, dafür gebührt ihnen großer Respekt und ein würdevoller Lebensabend. Gleichzeitig sind die Senioren von heute so interessiert und fit wie noch nie. Deren höhere Lebenserwartung und -erfahrung sind vor allem ein Gewinn für die

Gesellschaft. Sie leben ein Vorbild und haben zu manchem Problem einen wohlthuenden Abstand, der den Blick schärft. Dort, wo die Großeltern die Betreuung der Jüngsten unterstützen können, entlastet dies die Gesellschaft.

Auch die Betreuung und Pflege älterer Angehöriger ist ein wichtiges Thema, gerade in der Familie. Hier hat die Bundesregierung jüngst die Weichen neu gestellt und den Handlungsspielraum der Familien erweitert. Im städtischen Bereich gilt es unter anderem, Dienstleistungen zur Unterstützung von Haushalten zu fördern, die solche Aufgaben leisten. Wer würde im Alter nicht lieber im Kreise seiner Familie gepflegt werden, anstatt in einem Pflegeheim? Den Ansatz müssen wir unterstützen.

Die Familie ist ein hohes Gut und hat sich als Basis der Gesellschaft bis heute bewährt. Familie bedeutet Sicherheit und Geborgenheit, Familie bedeutet, sich aufeinander verlassen zu können, füreinander zu sorgen und die Verantwortung füreinander zu übernehmen. Stabile Familien sind für mich als Christdemokratin der Garant für eine funktionierende Gesellschaft. Wir Stadträte haben die Chance, das Lebensumfeld unserer Stadt so zu gestalten, dass darin Familien wachsen können - und dieser Weg kann nur im Einklang zwischen den Realitäten des 21. Jahrhunderts und der Bewahrung eines klassisch-familiären Gesellschaftsbilds erfolgreich sein.



© shutterstock



Herausgeber:

CDU-Fraktion im
Stadtrat Dresden
Dr.-Külz-Ring 19
01067 Dresden

Tel. 0351 4882257
Fax 0351 4882972
www.dresden-cdu.de
cdu-fraktion@dresden.de



Redaktion (V.S.d.P.):

Jan Donhauser,
Fraktionsvorsitzender
Andreas Rönsch,
Geschäftsführer
Marcel Duparré,
Fraktionsreferent

Fotos: Redaktion

Satz und Gestaltung:
Z&Z Werbeagentur Dresden

Druck:
Union Druckerei Dresden GmbH

Diese Veröffentlichung ist Bestandteil der Zeitschrift „DIE DRESDNER UNION“ und liegt als Sonderdruck im Rathaus und in den Verwaltungsstellen aus.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.